

WAS GEHÖRT ZUSAMMEN, WAS BLEIBT BESSER GETRENNT? SOZIALES ENGAGEMENT UND ÖKONOMIE

Heiner Keupp

Vortrag bei der Fachwerkstatt „Voneinander profitieren. Kooperationen zwischen Wirtschaftsunternehmen und sozialen Einrichtungen als Mittel der Personal- und Teamentwicklung“ am 7./8. Juli 2006 in München

Bei dem mir gestellten Thema habe ich mit intensiven Gegenübertragungsgefühlen zu kämpfen. Ich kann ganz gut akzeptieren, dass sich einige meiner Kolleginnen mit „Corporate Citizenship“ beschäftigen, aber ich sehe nur wenige Ansatzpunkte für echte Erfolgserlebnisse. Vor allem ärgert mich das einseitige Werben. Aus dem Handlungsraum bürgerschaftliches Engagement gibt es vielfältige Versuche, Wirtschaftsunternehmen zum Mitmachen zu gewinnen. Aber die Liebe bleibt fast immer unerwidert. Von „gleicher Augenhöhe“ kann überhaupt nicht die Rede sein. Ich kann mich noch an keinen Vertreter der Wirtschaft erinnern, der gekommen wäre und gefragt hätte, was er von Projekten des bürgerschaftlichen Engagements lernen könnte. Ich sehe intensive Bemühungen der Wirtschaft zu vermitteln, was zum Beispiel Jugendliche im Freiwilligenengagement für Schlüsselqualifikationen erwerben, die sie für jedes Unternehmen interessant machen müssten, aber die Unternehmen nutzen diese Chance nicht. Am liebsten würde ich mein Thema schnell erledigen und meine Titelfrage mit einem „Unvereinbarkeitsbeschluss“ beantworten: Bürgerschaftliches Engagement und Ökonomie gehören nicht zusammen und nur in ihrer Eigenlogik können sie ihre je eigene gesellschaftliche Funktion entfalten. Ich gehe noch einen Schritt weiter: Die zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche stellt immer mehr die „negative Utopie“ her, die Herbert Marcuse mit der „eindimensionalen Gesellschaft“ beschrieben hat. Das bürgerschaftliche Engagement stellt für mich aber einen gesellschaftlichen Gegenentwurf dar, der dem „homo oeconomicus“ und seiner beanspruchten Dominanz die Loyalität uneingeschränkt verweigert.

Wenn ich jemals an Synergieeffekte zwischen Zivilgesellschaft und Ökonomie geglaubt haben sollte, dann dieser Glaube vor drei Jahren endgültig verloren gegangen. Die HypoVereinsbank hat Mitte des Jahres 60 Millionen Euro bezahlte Steuern von der Stadt München zurückverlangt, weil sie ihre Defizite in München ausweisen konnte und ihre nach wie vor vorhandenen Gewinne an anderen Orten eingefahren hat. Die Stadt hat daraufhin einen Haushaltsstopp verhängt,

durch den sehr viele zivilgesellschaftlich wichtige Projekte gefährdet wurden und einige auf der Strecke blieben. Zu denen gehörte auch das Projekt FöBE, das noch kurz zuvor mit der Stadt München zusammen den ersten Preis der Bundespräsidenten für eine hervorragende Förderung des Bürgerengagements im großstädtischen Raum erhalten hatte. Mit einiger Mühe konnte FöBE nach einem Jahr Unsicherheit wieder in die städtische Förderung gebracht werden, aber daran hat sich kein Unternehmen Interesse gezeigt oder gar beteiligt.

Mit meinem emotionalen Unvereinbarkeitsbeschluss wird man mich nicht wieder ziehen lassen, deshalb werde ich in einigen Reflexionsschleifen Position erläutern.

Zunächst will ich die Unterscheidung zwischen

EINE NOTWENDIGE UNTERSCHIEDUNG: „BOURGEOIS“ UND „CITOYEN“

einbringen und mit ihr einen wichtigen eigenen Lernschritt ansprechen. Kürzlich habe ich beim 80-jährigen Jubiläum eines Wohlfahrtsverbandes zu unserem Thema referiert und dabei einen weniger seriösen Titel gewählt als heute. Er lautete: „Bürger Lasst das Glotzen sein, kommt herunter reißt Euch Ein!“ Sie können mich über einen solchen Titel ganz gut generationsmäßig einsortieren! Es ist einer aus den 68er Zeiten, in denen wir unsere ganz speziellen „Kinderreime“ hatten (z.B. noch „Bürger runter vom Balkon, unterstützt den Vietcong“). Es lag uns an einer großen Distanz zu allem, was wir als „bürgerlich“ eingeschätzt hatten: Die „bürgerliche Wissenschaft“, die „bürgerliche Sexualmoral“ und alles, was uns an unsere überwiegend „bildungsbürgerliche Herkunft“ erinnerte oder was sich in der Bundesrepublik im neuen Konsumreich als prestigeträchtig herausgebildet hatte, wurde als „kleinbürgerlich“ abgeurteilt. Wenn ich mich darauf beziehe, dann nicht um mich ironisch von meiner eigenen Geschichte und jener meiner Generation zu distanzieren, nein, ich will da durchaus identifiziert anknüpfen und danach fragen, ob nicht gerade der wütende Kampf gegen autoritäre Lebensverhältnisse auch heute noch oder vermehrt wieder erforderlich ist. In einem Punkt will ich allerdings einen Lernprozess gegenüber den 60er und 70er Jahren herausstellen. Wir waren ja tatsächlich eine „kleine radikale Minderheit“, die sich mit einem elitären Habitus von der Durchschnittsbevölkerung absetzen wollte und sich eher einen Avantgardestatus zulegte. Und der hatte wenig mit einer demokratischen Alltagskultur zu tun. Ich habe erst später den wichtigen Unterschied gelernt, den die deutsche Sprache nicht sehr gut auszudrücken vermag, den Unterschied zwischen dem „bourgeois“ und dem „citoyen“. Es geht also um die Differenz von dem Menschen, der sich am kapitalistischen Wirtschaftsgeschehen mit

der Aneignung einer spezifischen Charaktermaske stromlinienförmig beteiligt und den Profit als seine Haupttriebfeder betrachtet und jenem Menschen, der den Anspruch hat, im Sinne der Aufklärung und unter Wahrung elementarer Menschenrechte sich an der Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse zu beteiligen. Diese selbstbewussten BürgerInnen, die sich einmischen, unbequem sein können, die Macht kontrollieren, sich für Bürgerrechte engagieren und den staatlichen Instanzen nicht als Untertan gegenüberstehen, die sich die Wahrung und Weiterentwicklung demokratischer Lebensformen zu ihrem Anliegen gemacht haben, galt es erst zu entdecken. Und ich habe sie entdeckt.

DER BOURGEOIS HAT SICH IM NEOLIBERALEN MENSCHENBILD MODERNISIERT UND RADIKALISIERT

Die Programme zu corporate citizenship und corporate social responsibility kommen mir vor, als wollte man den bourgeois kommunitaristisch bekehren. Wenn der Appell zur „sozialen Verantwortung“ nicht zu einer moralischen Anstalt verkommen soll, bei der in Sonntagspredigten genau das Gegenteil von dem verkündet wird, was den normalen Alltag und die profanen Geschäfte bestimmt, dann muss sie entweder durch verbindliche Regeln operationalisiert und eingeklagt werden können oder sie muss zu einem so selbstverständlichen Bestandteil des individuellen commitments der Subjekte werden. Es ist also eine Frage der gelebten Menschenbilder. Wie steht es mit den Menschenbildern, die sich gegenwärtig als Schnittmuster für individuelle Identitätsentwürfe präsentieren? Was ist denn geblieben nach der historischen Verabschiedung der Fiktion von der „entwickelten sozialistischen Persönlichkeit“ – in der soziale Verantwortung als zweite Natur des Menschen gedacht war, die aber vor allem durch eine nicht auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gegründet sein sollte? Der globalisierte Kapitalismus hat diese Idee als Kuriosität ironisch verabschiedet und sich auch im Kampf um die Weltbilder als erfolgreich erwiesen: Der mobile, flexible, unbeschränkt fitte Menschen, der seine ICH-AG gut managt, der zum geschickten Ego-Taktiker wird, hat auf der gesellschaftlichen Bühne die Hauptrollen übernommen.

Der Kommunitarismus hat sich dem Siegeszug des „ungebundenen Selbst“ entgegenzustemmen versucht. Ihn treibt die Frage an, ob eine Gesellschaft, die sich konsequent auf atomisierte, voneinander isolierte und ihrem Eigeninteresse folgende Individuen stützt, nicht letztlich ihre eigenen Grundlagen untergräbt. Die Kommunitarier ziehen in Zweifel, ob das liberalistische Menschenbild, das den bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnungen die philosophisch-ideologische Basis liefert, ausreicht, um den notwendigen inneren Zusammenhalt, den

"Gemeinsinn", und die erforderlichen Solidaritätspotentiale zu stiften. Der Kommunitarismus läßt sich als Reaktion auf einen "Liberalismus der Gier" ansehen, der die Reagan-Ära bestimmt habe. Gegen Isolation, Vereinzelung und gnadenlose Konkurrenz wird der Begriff der Gemeinschaft ins Feld geführt. Die Kommunitarier erinnern daran, dass das anfangs befreiende liberalistische Menschenbild inzwischen seine eigene Basis aufgebraucht hätte. Es könne für unverzichtbare Bürgertugenden wie Zivilcourage und Gemeinsinn keine überzeugenden Begründungen mehr liefern. Im Grunde ist es der klassische Zweifel an dem Glauben an die vermittelnde Rolle des Marktes, dass nämlich "der pure Eigennutz sich hinter dem Rücken der Handelnden durch den Mechanismus des Marktes zum Gemeinwohl aggregiere, dass - wie es Mandeville ausdrückte - 'private Laster' sich durch die 'unsichtbare Hand' des Marktes zu 'öffentlichen Wohltaten' summieren" (Strasser 1994, S. 119).

Auch wenn ich den „moralischen Überziehungskredit“, den sich viele Kommunitarier genommen haben, für sehr fragwürdig halte, ist es auf jeden Fall notwendig, der Frage nachzugehen, wieweit das neoliberale Menschenbild in seinem Siegeszug bereits gelangt ist, denn – so meine nicht gerade originelle – Eingangsthese: Soziale Verantwortung kann sich auf dessen Basis nicht als gelebte Wirklichkeit entfalten.

Der SPIEGEL vom 19.06.2000 macht uns mit diesem neuen ultraflexiblen Menschentypus bekannt, er ist der Repräsentant der Internet-Elite, die Yetties ("young, entrepreneurial, tech-based"). Sie würden Tag und Nacht schuften, nur ans Geld denken und sonst nur an sich. Sie seien durch ein "windschnittiges Psychogramm" gekennzeichnet: "Sie sind ultraflexible Menschen, die sich immer neuen Aufgaben stellen und ihre Grenzen auflösen", so die Soziologin Betty Siegel vom Trendbüro Hamburg. Andreas Boes von der TU Darmstadt charakterisiert sie so: "Die Verbetrieblichung des Lebens, dieses Arbeiten ohne Ende, wird nicht mehr als pathologisch wahrgenommen, sondern zur erstrebenswerten Norm erhoben." In der IT-Branche könne man in besonders ausgeprägter Form den Trend beobachten, sich "zum Unternehmer seiner selbst zu machen". Andreas Boes stellt fest: "Diese High Performers meiden jegliche soziale Bindungen und Verpflichtungen, die Konkurrenz zu ihrem Engagement im Job bedeuten." "Tempo, Leistungsbereitschaft, Flexibilität, totale Verfügbarkeit für die Arbeit: Dies sind die Grundsätze des ultimativen Yettie-Lifestyles." Zu diesem neuen Menschentypus gehört zum Beispiel Bernd Kolb, den die SPD 1998 zum "Unternehmer des Jahres" gekürt hat. Er ist Chef einer Multimedia-Agentur. Er sagt: "Das Wort 'langfristig' versteht in dieser Branche niemand mehr." Seine Leute planten ihre Lebenszyklen für höchst-

tens ein bis zwei Jahre. Werte wie Herkunft oder Heimat würden für die Cyber-space-Generation kaum etwas bedeuten.

"... mit dem rasanten Tempo in der Branche ändert sich auch das Beziehungsnetz ständig, es muss immer wieder neu geknüpft werden. Yetties sind nicht einsam, doch bei dieser 'verbetrieblichten Beziehungen' gehe es weniger um Gefühle als einmal mehr um das Berufliche." "Diese Kontakte sind oft ein berechnendes Networking, ein Mittel zur internen Positionierung" (Betty Siegel").

GESELLSCHAFT ALS DREIBEINIGER HOCKER: MARKT – STAAT - ZIVILGESELLSCHAFT

Zukunftsbezogen ist Jeremy Rifkins Plädoyer für die „dritte Säule der neuen Gesellschaft. Rifkin ist Vorsitzender der Foundation on Economic Trends in Washington und Autor des vielbeachteten Buches "Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft" (1997). Wie viele andere Wirtschafts- und Arbeitswissenschaftler sieht Rifkin weltweit einen radikalen Abbau von Arbeit im Gefolge der Revolutionierung von Arbeitsprozessen durch die Informationstechnologien. Betroffen ist durch die Entwicklung immer leistungsfähigerer Computer der Mensch als Produktionsfaktor. Es ginge dem Menschen heute so ähnlich wie dem Pferd in einer früheren Epoche der industriellen Revolution und Rifkin bezieht sich dabei auf eine Prognose des Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaften Wassily Leontief, dass "die Bedeutung des Menschen als des wichtigsten Produktionsfaktors in der gleichen Weise schwinden wird, wie die Bedeutung des Pferdes für die landwirtschaftliche Produktion durch die Einführung von Traktoren zunächst abnahm und schließlich völlig eliminiert wurde." An dem Schicksal der industriellen Produktion sei diese Entwicklung klar erkennbar. In den USA ist in den vergangenen 30 Jahren der Anteil der Fabrikarbeiter an der Erwerbsbevölkerung von 33 auf unter 17 Prozent gesunken. In zehn Jahren wird sie in den USA unter 12 Prozent sinken und für das Jahr 2020 werden weniger als 2% der arbeitenden Bevölkerung Fabrikarbeiter sein. Die Hoffnungen auf die Umschichtung der Erwerbsbevölkerung in den Dienstleistungsbereich haben nicht das gehalten, was man sich von ihnen versprochen hatte. Schicht um Schicht werden außerdem in den Managementbereichen die "Fettringe" abgetragen und daraus resultiert eine weitere Reduktion von Erwerbsarbeit. Bei einer solchen Entwicklung wird die Integration von mehr Menschen in die Erwerbsarbeit wohl nur über radikale Modelle der Arbeitszeitverkürzung gelingen. Aber selbst deren konsequente Umsetzung wird seiner Auffassung nach keine Vollbeschäftigung garantieren können. Rifkins Vision setzt auf die Aktivierung eines Bereichs gesellschaftlicher Arbeit, der

neben dem freien Markt und dem öffentlichen Sektor existiert, dem gemeinnützigen Sektor.

Dieser Bereich ist nach Auffassung Rifkins "ein Querschnitt der Gesellschaft. Gemeinnützige Aktivitäten umfassen ein breites Spektrum: soziale Dienste und Gesundheitswesen, Erziehung und Forschung, Kunst, Religion und Interessenvertretung. In Deutschland gibt es gegenwärtig mehr als 300 000 gemeinnützige Organisationen. Man findet sie praktisch in jedem Stadtteil und in jeder Gemeinde. Ihre Reichweiten stellen oft die von privatem und öffentlichem Sektor in den Schatten. Sie erstrecken sich über das Leben jedes einzelnen Bürgers und sie sind für ihn oft wichtiger als die Marktkräfte oder die öffentliche Bürokratie".

Rifkin plädiert dafür, sich "die deutsche Gesellschaft als einen dreibeinigen Hocker vorzustellen, dessen Beine der marktwirtschaftliche Bereich, der staatliche Bereich und der sozialgemeinnützige Bereich sind. Das erste Bein schafft wirtschaftliches Kapital, das zweite öffentliches Kapital und das dritte soziales Kapital." Dieses "besteht aus den Millionen Bürgern, die Woche für Woche ihre Zeit, ob haupt- oder ehrenamtlich, in den Dienst der vielen gemeinnützigen Organisationen stellen. Diese Bürger wissen längst, wie wichtig es ist, soziales Kapital in ihren Gemeinden und Stadtteilen zu schaffen."

Was Jeremy Rifkin entwirft, ist eine zivilgesellschaftliche Vision. Es geht längst nicht nur um ein umfassendes Programm von "Beschäftigungstherapie", sondern um eine politische Vision einer weiterentwickelten Demokratie, in deren Zentrum "bürgerschaftliches Engagement steht. "Die wachsende soziale Unruhe und politische Instabilität, die aus diesem historischen Wandel der Arbeit entstehen, zwingen die Gesellschaften, nach einer neuen Orientierung zu suchen, die die Sorgen und Hoffnungen der Wähler anspricht. Die politische Debatte verharrt bis heute im Spannungsfeld von Markt und Staat - und wird so den Herausforderungen und Chancen des neuen Zeitalters immer weniger gerecht. Würde der gemeinnützige Bereich als dritte Säule zwischen Markt und Staat ernst genommen, änderte sich das Wesen des politischen Diskurses grundlegend. Denn endlich würde sich eine vollkommen neue Sicht von Politik und Wirtschaft, vom Wesen der Arbeit und Gesellschaft eröffnen."

Aber dieses neue soziale Kapital ist nicht zum Nulltarif zu haben. Es ist nicht einfach da und wartet nur darauf, abgeschöpft zu werden. Dazu macht Rifkin einen ganz konkreten Finanzierungsvorschlag: "Neue Jobs im gemeinnützigen Bereich werden aber Geld kosten. Man müsste daher auf den Wohlstand, der in der neu-

en Cyberspace-Ökonomie erwirtschaftet wird, eine geringe Steuer erheben und die so gewonnenen Mittel in die Stadtteile und Gemeinden, in die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Aufbau des sozialen Gemeinwesens umleiten. Das gäbe uns eine neue Agenda und eine kraftvolle Vision von der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts."

In der Vision von Rifkin hat bürgerschaftliches Engagement als die Kernidee der Zivilgesellschaft einen zentralen Stellenwert. Sind uns wirklich die "utopischen Energien" ausgegangen, wie es Jürgen Habermas schon in den 80er Jahren diagnostiziert hatte? Er hat ja sicher damit recht in bezug auf die großen gesellschaftlichen Visionen von einer besseren Welt. Vielleicht ist ja auch ganz gut, dass die Konjunkturen der umfassenden Gesamtentwürfe vorbei ist, denn sie haben zwar immer Glücksverheißungen für die Menschen offeriert, ihnen selbst aber selten die Chance eingeräumt, über Weg und Ziel mitzubestimmen. Ein Gegenentwurf kann nicht aus der Position des souveränen Theoretikers kommen, der uns sagt, was die Welt im Innersten zusammenhält und was zu tun ist.

Vielleicht ist das der zentrale Prüfstein für alle realen Utopien: Ohne die Anerkennung der aktiven Subjekte, ohne ihre unhintergehbaren Ansprüche auf Selbstbestimmung und Partizipation kann es keine zukunftsfähige Gesellschaft geben. Aber genau diese Ansprüche und Rechte ins Zentrum gesellschaftlicher Umgestaltung zu rücken, ist sehr viel mehr als Realitätsprinzip. Wir sind noch sehr weit davon entfernt. Hier zeichnet sich die Vision einer zukunftsfähigen Zivilgesellschaft ab, in deren Zentrum bürgerschaftliches Engagement steht und die durch bürgerschaftliches Engagement entsteht.

DISKURSE ZUM BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENT: HAT DA DIE ÖKONOMIE EINEN PLATZ?

Bürgerschaftliches Engagement ist immer Gefahr instrumentalisiert zu werden. Es kann aber in seiner Bedeutung nur angemessen verstanden werden, wenn es aus der Engführung eines „Notstromaggregats“ für die Erwerbsgesellschaft oder einer anorektisch gefährdeten kommunalen Verwaltung herausgeführt wird. Es kann nicht um ein Modell der großräumigen Beschäftigungstherapie jener Bevölkerungsgruppen gehen, die als Problemgruppen des Arbeitsmarktes gelten. Bürgerschaftliches Engagement hat natürlich mit den tief greifenden Veränderungen der Arbeitsgesellschaft zu tun, aber in ihm bündeln sich auch weitere wichtige Diskurse. Die Faszination, die von der Entdeckung einer zivilgesellschaftlichen Perspektive ausgeht, hat gerade damit zu tun, dass das Konzept vom bürger-

schaftlichen Engagement unterschiedliche aktuelle gesellschaftlicher Fragestellungen zu bündeln vermag.

Bürgerschaftliches Engagement lässt sich als Schnittmenge folgender Diskurse charakterisieren:

(1) Der *Gemeinwohldiskurs*: Die besorgte Debatte um das Gemeinwohl um Gemeinsinn in einer individualisierten Gesellschaft. Geht uns das „soziale Kapital“ verloren, jener Bereich sozialer Beziehungen und Kontexte, in denen sich Menschen beheimaten und identifizieren können.

(2) Der *Demokratiediskurs*: Die Zivilgesellschaft wird entdeckt und als das „Herz“ oder die „Seele“ der demokratischen Gesellschaft betrachtet. Sie besteht aus dem Engagement der BürgerInnen. Sie mischen sich ein und machen sich öffentliche Anliegen zu ihren eigenen.

(3) Der *Diskurs sozialer Sicherung*: Wie stellen Gesellschaften die Absicherung vor der Folgen existentieller Risiken und Bedrohungen sicher, ohne dass Menschen zu Objekten „fürsorglicher Belagerung“ gemacht werden oder zu passiven DienstleistungsempfängerInnen?

(4) Der *Tätigkeitsdiskurs*: Tätigkeit im Sinne von Erwerbsarbeit ist das zentrale Medium der Identitätsentwicklung der Moderne gewesen. Wenn aber die Erwerbsarbeit nicht für alle Menschen eine Verankerungsmöglichkeit schafft, wie soll dann im positiven Sinne Identität geschaffen werden? Die Idee der Tätigkeitsgesellschaft, zeigt so viele sinnvolle gesellschaftliche Aktivitätsfelder auf, die sich nicht auf Erwerbsarbeit reduzieren lassen.

Das Konzept bürgerschaftliches Engagement bündelt also wichtige Diskurse, in denen um innovative zukunftsfähige Lösungen gerungen wird. Einige dieser Diskurse betreffen das Verhältnis von Ökonomie und Freiwilligenengagement und die möchte ich noch weiter beleuchten:

- ◆ den zivilgesellschaftlichen Diskurs
- ◆ den Tätigkeitsdiskurs
- ◆ den Diskurs zur Bedeutung sozialen Kapitals.

Abgesehen von einigen Inseln der Mitbestimmung in der Montanindustrie ist die Wirtschaft ein fast demokratiefreier Raum. Einige Unternehmen haben zwar die gut begründeten Befunde der Human-Relation-Bewegung oder der Programme zur Humanisierung der Arbeitswelt ernst genommen und beteiligen ihre MitarbeiterInnen am betrieblichen Geschehen, aber von einer verwirklichten Zivilgesellschaft in der betrieblichen Lebenswelt sind wir heute weiter entfernt denn je. Wir entdecken ja ohnehin erst gerade die Idee der Zivilgesellschaft und sind weit davon entfernt, genau sagen zu können, was sie bewirkt. Für mich ist zivilgesellschaftliches oder bürgerschaftliches Engagement eine Form gelebter demokratischer Alltagskultur, die aus der Identifikation mit demokratischen Spielregeln im Sinne eines partizipativ und solidarisch orientierten Gemeinwesens lebt, in dem die öffentlichen Angelegenheiten zu Anliegen der Bürgerinnen und Bürger werden, die sich in diese Angelegenheiten einmischen, sie nach ihren Vorstellungen und Interessen zu gestalten versuchen, die aber auch akzeptieren, dass in einer pluralistischen Gesellschaft keine Instanz, keine Person und keine Gruppierung für sich beanspruchen kann, über die einzig richtige Lösung zu verfügen. Die Herren Ackermann, Schremp et al. dürften nicht gerade die Verkörperungen dieser Prinzipien sein. Sie stehen für mich als Symbolfiguren – man könnte auch von „Charaktermasken“ sprechen - einer ökonomisch definierten „Dominanzkultur“, die in ihrer unkontrollierten Machtanhäufung vor- oder postdemokratische Verhältnisse repräsentieren.

Ein wichtiger Motor für die wachsende Beschäftigung mit zivilgesellschaftlichen Potentialen bildet die Tatsache, dass die kapitalistischen Gesellschaften unmittelbarer mit sich selbst konfrontiert werden. Ihre Friktionen und menschenverachtenden Konsequenzen können nach dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ in Europa nicht mehr in den „projektiven Container“ kommunistischer Wühlarbeit externalisiert werden. Es entsteht die Notwendigkeit, nach sozialen Kräften zu fragen, die humane Lebensformen gegen eine Selbstläufigkeit ökonomischer Prozesse verteidigen könnten. Für Antonio Gramsci, der das Konzept der „zivilen Gesellschaft“ erstmals formuliert hat, war „die ‚zivile Gesellschaft‘ ... der Inbegriff jenes Ensembles moralischer, kultureller und institutioneller Potenzen, welche es vermöchten, der destruktiven Dynamik des Kapitalismus zu wehren“ (Dubiel 1990, S. 491).

An dieser Stelle will ich meinen „Unvereinbarkeitsbeschluss“ aufheben, denn ich halte es nach wie vor für notwendig, über die Demokratisierung des ökonomischen Bereichs nachzudenken und wahrscheinlich wäre das auch noch nicht ein-

mal zu dessen Nachteil, denn demokratische Beteiligung der Beschäftigten könnte Elemente von Nachhaltigkeit sichern, die durch die Fixierung auf Gewinne bei der nächsten Quartalsabrechnung überhaupt nicht mehr gesichert sind.

DER TÄTIGKEITSDISKURS: HERAUS AUS DEM „STAHLHARTEN GEHÄUSE“ DER ERWERBSARBEITSHÖRIGKEIT

Vor einiger Zeit hat Richard Sennett (1996) folgendes Bild der aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen gezeichnet. Er sieht, dass die Bindung an eine Firma, an einen Arbeitsplatz immer prekärer wird und der Zugang zur Erwerbsarbeit wird schwieriger und wachsende Gruppen unerreichbar: "Diese großen Veränderungen im modernen Kapitalismus haben ebenso weitreichende kulturelle Konsequenzen. Zum Beispiel wird bereits jetzt deutlich, dass mitten im materiellen Wachstum viele arbeitende Menschen verstärkt eine Empfindung persönlichen Scheiterns erfahren, dass sie sich für nutzlos halten, für randständig, relativ früh schon für verbraucht. Die neue ökonomische Ordnung höhlt das Selbstwertgefühl nicht nur auf dem Markt aus, sie untergräbt auch die Institutionen, die Menschen traditionell vor dem Markt schützten" (S. 47). Zehn Jahre später unterstreicht er diese „Diagnose“: „Ich behaupte, dass diese Veränderungen den Menschen keine Freiheit gebracht haben. Warum? Weil die Menschen äußerst besorgt und beunruhigt sind im Hinblick auf ihr Schicksal unter den Bedingungen des ‚Wandels‘. Was ihnen fehlt, ist ein mentaler und emotionaler Anker. Nachdem sich der alte soziale Kapitalismus aufgelöst hat, erzeugen die neuen Institutionen nur ein geringes Maß an Loyalität und Vertrauen, dafür aber ein hohes Maß an Angst vor Nutzlosigkeit“ (Richard Sennett: Die Angst überflüssig zu sein. DIE ZEIT vom 19. Mai 2005).

Es gibt es also gute Gründe, die Fixiertheit auf die Erwerbsarbeit in unserer Gesellschaft kritisch zu überdenken. Dazu 5 Thesen:

1. Wir sind mit einem Paradox konfrontiert: Das Volumen der Erwerbsarbeit sinkt und trotzdem ist Arbeit als Wert, als Sinnbestimmung des Lebens hegemonial geblieben bzw. geworden. Sie beherrscht immer mehr Bereiche des Lebens und wir formulieren all die Dinge, die uns wichtig sind, in einem Arbeitsdiskurs: Wir sprechen von Trauerarbeit, Beziehungsarbeit, Identitätsarbeit oder Gefühlsarbeit. Arbeit hat offensichtlich - immer noch, vielleicht sogar vermehrt - den Status einer Zivilreligion.

2. In allen westlichen Industriestaaten gibt es einen bemerkenswerten und durchgreifenden Wertewandel, in dessen Folge materialistische gegenüber postmateri-

alistischen Werten an Bedeutung verlieren. Erwerbsarbeit galt als der oberste materialistische Bezugspunkt. Paradoxerweise kommt es aber im Zuge dieses Wertewandels zu einem weiteren Sinnengewinn von Arbeit.

3. Problematisch ist die Gleichsetzung von Erwerbsarbeit mit sinnvoller Tätigkeit. Erwerbsarbeit ist nur eine spezifische Form des Tätigseins, die deshalb so hegemonial geworden ist, weil an sie das Überleben gebunden ist, die materielle Reproduktion der Existenz. Diese spezifische Legierung löst sich gegenwärtig auf.

4. Es gibt gute Gründe, die industriegesellschaftliche Fixierung an die Erwerbsarbeit aufzubrechen, da diese Fixierung zu einer zynischen Ideologie verkommen ist. Sie ist dafür verantwortlich, dass ein immer größerer Anteil der Bevölkerung entwertet wird. Trotzdem halten viele Politiker an der Illusion einer Vollerwerbsgesellschaft fest. In Wahlkämpfen wird eine solche Illusionsproduktion in Wählerstimmen umgemünzt und sie rächt sich in Gestalt einer wachsenden Politikverdrossenheit.

5. Erforderlich scheint eine Entkoppelung der Grundsicherung unserer materiellen Lebensexistenz von der Erwerbsarbeit und eine radikale Umverteilung der vorhandenen Arbeit. Erst dann kann sich das - jetzt noch - utopisch klingende Szenario einer vielfältig entfalteten "Tätigkeitsgesellschaft" entwickeln. Eine wichtige Perspektive eröffnet sich hierfür vor allem im Feld des „bürgerschaftlichen Engagements“.

Es scheint mir im Augenblick hoch fraglich, ob wir aus dem Bereich der Ökonomie Unterstützung für einen solchen Diskurs bekommen. Hier scheint mir vielmehr die zivilgesellschaftliche Sphäre am ehesten der gesellschaftliche Ort zu sein, an dem er einen Resonanzboden hat und geführt wird.

SOZIALES KAPITAL: EIN LOCKMITTEL FÜR DAS ÖKONOMISCHE KAPITAL?

Der ehemalige Münchner Oberbürgermeister hat vor Jahren in einer eindrucksvollen Analyse die Besonderheiten Münchens herausgestellt, die diese Stadt so attraktiv für Unternehmen macht. Er beschrieb die gute Infrastruktur im Sinne von Kultur, Kindergärten, Schulen und soziales Klima. Das sind im engeren Sinne alles keine ökonomischen Standortfaktoren, aber sie begünstigen entscheidend auch den unternehmerischen Erfolg. Zu den zentralen nicht-ökonomischen Voraussetzungen der Ökonomie zählt das „soziale Kapital“. Darunter versteht James Coleman: „Soziales Kapital ist das gesamte Sortiment an gesellschaftlichen Mit-

teln, auf die ein Individuum zurückgreifen kann, um mit ihrer Hilfe ein Ziel zu erreichen. Diese gesellschaftlichen Hilfsquellen bestehen aus Vertrauen (und der Vertrauenswürdigkeit, auf der dieses gründet), dem Netz an Verpflichtungen, die man, wenn nötig, in Anspruch nehmen kann, dem allgemeinen Einvernehmen, das effiziente Zusammenarbeit ermöglichen, und anderen in sozialen Beziehungen verankerten Aktivposten“ (S. 99).

In einem vielbeachteten Aufsatz hat der amerikanische Sozialwissenschaftler Robert Putnam für die USA das "bowling alone"-Phänomen diagnostiziert und damit eine besorgniserregende Abnahme des "sozialen Kapitals" festgestellt. Er versteht darunter „den Bestand an sozialem Vertrauen, Normen und Netzwerken, auf den sich Menschen bei der Lösung gemeinsamer Probleme beziehen können. Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements sind eine unentbehrliche Form sozialen Kapitals und je dichter diese Netzwerke sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass Mitglieder einer community mit wechselseitigem Gewinn zusammenarbeiten werden.“ Produktionsstätte für soziales Kapital sind für Putnam Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements: „Civic matters“, lautet seine Parole. Er hat in den 90er Jahren eine Studie zu Italien vorgelegt, in der er eindrucksvoll nachweisen kann, dass die wirtschaftliche Prosperität im Norden Italiens (verglichen mit dem Süden) durch eine gut funktionierende soziale Infrastruktur bedingt ist.

Wenn man sich vergegenwärtigt, welche Effekte das Vorhandensein angemessener Formen sozialen Kapitals hat, die in unterschiedlichen Untersuchungen erhoben wurden, dann versteht man den besorgten Ton, der anklingt, wenn dessen Rückgang beschrieben wird: „Wie Untersuchungen von Indien über Indonesien bis hin zu Italien belegen, kann sich ein angemessener Bestand an Sozialkapital als Antriebskraft für die wirtschaftliche Entwicklung erweisen. Forschungsarbeiten in den USA und in Großbritannien zeigen, dass soziale Netzwerke – sowohl formelle als auch informelle – zur Verringerung der Kriminalität beitragen. Von Finnland bis Japan ergeben sich übereinstimmende Hinweise darauf, dass sich das soziale Zusammengehörigkeitsgefühl stark auf die physische Gesundheit auswirkt. Vergleichende Untersuchungen der regionalen Verwaltungen in Italien und der einzelstaatlichen Administrationen in den USA lassen vermuten, dass die Qualität der öffentlichen Verwaltungen mit der lokalen Verfügbarkeit von Sozialkapital variiert“ (Putnam 2001, S. 19).

Aus dieser Analyse kann man eigentlich nur den Schluss ziehen, dass der Unternehmenssektor aus „purem Eigennutz“ an der Förderung des bürgerschaftlichen

Engagements interessiert sein müsste. Auf ethisch-moralische Appelle in Richtung Unternehmen sollte man deshalb verzichten und diese sollten deshalb auch aus dem Diskurs gemeinsinnorientierter Verpflichtungen entlassen werden. Sie sollten allenfalls darüber informiert werden, dass sie soziales Kapital nicht einfach gefräßig verbrauchen dürfen, wenn sie nicht ihre eigene Basis gefährden wollen. Im Gegenteil: Sie können mittel- und langfristig nur davon profitieren, wenn sie in den Dritten Sektor kräftig investieren!

EIN BLICK IN DIE ZUKUNFT

Eigentlich wollte ich schließen, aber meine wichtigste wöchentliche Infobar, DER SPIEGEL, hat pünktlich zu unserer Fachwerkstatt in seinem KulturSPIEGEL vom Juli 2006 einen Blick in die Zukunft geworfen. Die Redaktion stützt sich auf eine aktuelle Erhebung des Sinus-Institutes, die eine Prognose für die Entwicklung der sozialen Milieus in Deutschland bis ins Jahr 2020 gewagt haben: „Drei Szenarien haben die Heidelberger für das Jahr 2020 entworfen: neoliberal, sozialdemokratisch oder: ganz anders. ‚Metamorphosis‘ heißt diese Vision einer sogenannten Zivil- oder Bürgergesellschaft, weil sie den stärksten Wandel annimmt: Der ‚One World‘-Gedanke setzt sich durch, die Menschen arbeiten, um zu leben, nicht andersrum, und sie übernehmen in privater Initiative das, was der Staat nicht mehr leisten kann. Deutschland im Jahr 2020 - das ist also, möglicherweise, ein offeneres, fortschrittlicheres Land selbstbestimmt lebender Bürger.

Doch ist es realistisch, dass wir in einer Gesellschaft leben werden, in der sich die Menschen nicht nur für Wohnung, Home Entertainment und Karriere interessieren, sondern auch für ihr Viertel und für das globale Dorf? Ja, ist es. Der Freizeitforscher Horst Opaschowski diagnostiziert ‚den radikalsten Wertewandel seit 30 Jahren‘ und sieht eine ‚Ära der Verantwortung‘ kommen - für die Gemeinschaft, die Umwelt, die nächste Generation. Das Sinus-Institut erkennt Anzeichen dafür, ‚dass wir uns auf einem ‚dritten Weg‘ befinden, der über den scheinbar unüberwindbaren Gegensatz von wirtschaftlicher Liberalisierung und Sozialstaatsbewahrung hinausgeht.’

Welche Anzeichen sind das? Mehr Bürger engagieren sich in Stiftungen, sammeln Geld für Museen, um die Kommunen zu unterstützen. 76 Prozent der Unternehmer glauben, dass sie eine größere gesellschaftliche Verantwortung haben als andere Gesellschaftsgruppen. Konsumenten entscheiden sich für Waren, weil sie deren Herstellungsprozess gutheißen. Sie kaufen neuerdings so viele Bio-Produkte, dass Aldi, Plus und Lidl nur mühsam den Nachschub für die Regale

beschaffen können. Der Absatz von international fair gehandelten Produkten wie Kaffee oder Kakao unter dem Label "Transfair" stieg 2005 um 40 Prozent. Im Sociovision-Szenario Metamorphosis "verbinden die Bürger Eigenverantwortung mit Gemeinschaftssinn, integrieren technischen Fortschritt und Nachhaltigkeit und organisieren sich und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Wesentlichen selbst". Das Industriezeitalter ist endgültig zu Ende, die Wissensgesellschaft ist da.

Deutschland im Jahr 2020 - das ist, wenn diese Metamorphose stattfindet, eine funktionierende Zivilgesellschaft mit Bürgerinitiativen, Windrädern und Weltmusik, aber ohne den Patschuli-Geruch der siebziger Jahre, mit Hochtechnologie und hohem Bildungsgrad. Ein bisschen Hippie, aber mit viel Hightech. Denn klar ist auch: Das alles funktioniert nur auf der Basis eines gewissen Wohlstands. Andererseits, davon sind die Verfechter der Zivilgesellschaft überzeugt, wird es ohne Veränderungen keinen Wohlstand mehr geben. (...).

Kein Unternehmen verzichtet mehr auf eine Abteilung Corporate Citizenship, die gemeinnützige lokale, aber auch internationale Projekte fördert. Dass jeder Mitarbeiter eine Woche im Jahr aktive Bürgerarbeit leistet, ist selbstverständlich geworden" (KulturSPIEGEL 07/2006, S. 8ff.). Diese Utopielyrik geht noch eine Weile weiter.

Wenn man sich dann die weitere Auswertung genauer ansieht, dann sucht man bei den beschriebenen Milieus den Faktor zivilgesellschaftliches Engagement fast vollständig. Einzig bei der auf 12% der Bevölkerung geschätzten Gruppe der „Postmateriellen“, in der sich vor allem Architekten, Soziologie-Professoren und Yoga-Lehrer versammeln, taucht etwas davon bei deren Freizeitaktivitäten auf. Was machen sie in ihrer Freizeit? „Sie hat mit einer Elterngruppe eine staatlich anerkannte Montessori-Schule gegründet; er organisiert ehrenamtlich den Direktvertrieb von fair produzierten Lebensmitteln aus Dritte-Welt-Ländern per Internet“. Das scheint mir etwas als Basis für eine so optimistische Gesellschafts-utopie etwas mager.

Ich bin sicher, dass dies eine zu naive Zukunftsvision ist. Aber eine leichte Hoffnung ließe sich bei ihr schon deponieren!

Literatur

- Coleman, J.S. (1988). Social capital in the creation of human capital. *American Journal of Sociology*, 94, S. 95 - 120.
 Dubiel, H. (1994). *Ungewißheit und Politik*. Frankfurt: Suhrkamp 1994.

- Keupp, H. (1995). Gemeinsinn aus Eigennutz? Gegen einen falschen Moralismus. *Journal für Psychologie*, 3, Heft 2, S. 7 - 22.
- Keupp, H. (1995). Zerstört Individualisierung die Solidarität? In M.Fechter (Hg.), *Mut zur Politik. Gemeinsinn und politische Verantwortung*. Frankfurt: Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie, S. 9 - 45.
- KulturSPIEGEL (2006). Wir werden Deutschland. 7/2006, S. 8 – 21.
- Meier, B. (1996). *Sozialkapital in Deutschland. Eine empirische Skizze*. Köln: Deutscher Instituts-Verlag.
- Nadai, E. (1996). *Gemeinsinn und Eigenutz. Freiwilliges Engagement im Sozialbereich*. Bern: Haupt.
- Putnam, R.D. (1995). Bowling alone: America's declining social capital. *Journal of Democracy*, 6, S. 65 - 78.
- Rifkin, J. (1997). *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*. Frankfurt: Fischer.
- Sennett, R. (2005). Die Angst überflüssig zu sein. In: *DIE ZEIT* vom 19. Mai 2005.
- Sennett, R. (1996). Etwas ist faul in der Stadt. Wenn die Arbeitswelt bröckelt, wird die Lebenswelt kostbar: Perspektiven einer zukünftigen Urbanität. *DIE ZEIT* Nr. 5/1996 vom 26.01.1996, S. 47/48.